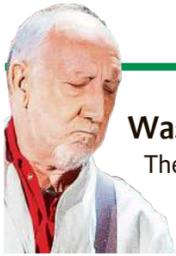


Schwarzwälder Bote

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG  FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG



Was wäre der Rock ohne ihn?
The-Who-Sänger Pete Townshend hat auch mit 75 noch Musik im Blut.

► Kultur



Mach's grün!
Ernährung und Klima haben direkt miteinander zu tun.

► Sonderseite



Gewohnte Strukturen
Die Neckarwerkstatt öffnet schrittweise nach der Pause.

► Sulz

Ausgabe R1H | 186. Jahrgang | Nummer 115 | E 11343 A

Dienstag, 19. Mai 2020 | Einzelpreis 2,00 Euro

Noch ein Stück Freiheit

Gäste, Wirte und Servicekräfte sind gleichermaßen erleichtert: Nach acht Wochen Pause dürfen Lokale seit Montag wieder Gäste empfangen – hier ein Bild aus der Rottweiler Fußgängerzone

► Wirtschaft



Foto: Beyer

Thema des Tages

Von Hans-Peter Schreijäg



Vorfreude

Zu schön, um wahr zu sein? Man redet wieder von Urlaub. Nicht unbedingt im fernen Osten, auf den Weltmeeren, den Seychellen oder in den Staaten. Aber Italien, Österreich, Spanien, die Türkei: Die guten alten Reiseziele schieben sich auf die Bildfläche zurück. Erst recht die heimatischen Gefilde: Borkum, die Mecklenburgische Seenplatte, Oberstdorf im Allgäu, unser Schwarzwald, die Lüneburger Heide. Ob es für viele Deutsche doch noch etwas wird mit den Sommerferien? Es besteht berechtigte Hoffnung. Nur täusche man sich nicht: Es ist eine andere Sorge, die noch immer das Alltagsgefühl der meisten prägt: Die Furcht um die Gesundheit, die eigene und die nahestehender Menschen. Die aktuelle Befragung der Uni Freiburg belegt das sehr, sehr deutlich. Urlaubsfreude kann allenfalls aufkommen, wenn der Erreger beherrschbar scheint. Erst dann! Und nur dann!

Abi-Prüfungen in Krisenzeiten

Stuttgart. Die Schilder »Bitte Ruhe« könnte man sich gestrost sparen: An den nahezu verwaisten allgemeinbildenden Gymnasien im Südwesten haben die Abiturprüfungen



Abi-Klausur in Ravensburg

für rund 29500 Schüler begonnen. Als erste Fächer standen Spanisch, Italienisch und Portugiesisch auf dem Programm. Am Mittwoch folgt Deutsch – daran nehmen dann auch die 17900 Schüler an beruflichen Gymnasien teil.

► Baden-Württemberg

Gesundheit als höchstes Gut

Corona-Umfrage | Viele FDP- und AfD-Wähler halten Einschränkungen für übertrieben

Obwohl der Südwesten deutlich heftiger von der ersten Corona-Welle betroffen war als andere Bundesländer, fühlen sich nur 20 bis 30 Prozent der Baden-Württemberger stark oder sehr stark durch die Pandemie belastet.

► Von Christoph Bielecki

Oberndorf. Das belegt eine deutschlandweite Befragung der Universitäten Freiburg,

Stuttgart und München, an der sich 7800 Menschen beteiligt haben – darunter zahlreiche Leser unserer Zeitung.

Auffällig dabei: Frauen fühlen sich durch die Krise und deren Folgen generell stärker beeinträchtigt als Männer. Nicht minder verblüffend ist, dass neben den Jüngeren auch die Älteren deutlich gelassener mit der Pandemie umgehen als Personen zwischen 30 und 60 Jahren. Womöglich, weil das »Mittelalter« derzeit nicht nur Homeoffice und Kinderbetreuung

stemmen muss, sondern sich auch noch um ältere Angehörige sorgt und kümmert.

Dazu passt: Am meisten Angst jagt vier von zehn Befragten die Vorstellung ein, wenn sie selbst oder nahe Angehörige sich mit dem Virus infizieren. Weit dahinter folgen die Sorge um einen Einbruch der Wirtschaft (20 Prozent) sowie vor Einschränkungen demokratischer Grundrechte (18). Die Aussicht auf Vereinsamung oder Arbeitslosigkeit lassen die Befragten hingegen fast völlig kalt.

Und wie stehen die Bürger den teils rigiden staatlichen Maßnahmen zur Corona-Eindämmung gegenüber? 60 Prozent halten sie für geeignet und sinnvoll – lediglich Anhänger der FDP (51,5 Prozent) und AfD (73,5) bewerten sie mehrheitlich als übertrieben. Weiterer Fingerzeig an die Politik: Zur finanziellen Bewältigung der Krise befürwortet die Mehrheit der Befragten eine Vermögensabgabe für Reiche.

► Thema des Tages
► Hintergrund

Gratis-Kita vom Tisch

Urteil | SPD gibt sich aber nicht geschlagen

Stuttgart. Die SPD will trotz der Schlappe vor dem Landesverfassungsgericht weiter für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg kämpfen. »Wir werden nicht Ruhe geben«, kündigt SPD-Landeschef Andreas Stoch an.

Seine Partei wolle nun einen Weg suchen, um die Gratis-Kita über parlamentarische Mehrheiten zu erreichen. Zudem möchte Stoch mit dem

Thema in den Landtagswahlkampf 2021 ziehen. Das Gericht hatte den SPD-Vorstoß für unvereinbar mit der Landesverfassung erklärt. Unter anderem, weil diese Volksbegehren über Abgaben verbiete. Zudem hatte das Land stets argumentiert, eine generelle Gebührenfreiheit für Kitas sei finanziell nicht zu stemmen.

► Leitartikel
► Baden-Württemberg

Nordsee statt Adria?

Ferien | Söder will Heimaturlaub fördern

Berlin/München. Während Außenminister Heiko Maas (SPD) gemeinsam mit Spanien, Italien, Österreich, Griechenland, Kroatien nach Wegen sucht, um den Bundesbürgern die Sommerferien im Ausland zu ermöglichen, schlägt die CSU angesichts der Corona-Krise eine finanzielle Förderung von Urlaub in Deutschland vor.

Denkbar seien entweder Urlaubsgutscheine oder eine steuerliche Absetzbarkeit sagte CSU-Chef Markus Söder

(Bild) am Montag – er sei da relativ offen. Weiterer positiver Effekt: Die Reisebranche sowie der Tourismussektor in Deutschland würden auf diese Weise gestärkt.

► Dritte Seite



GROßES GEWINNSPIEL IM MAI!
Bis zum 30. Mai täglich 1.000€ gewinnen!
Mehr Infos im Innenteil.

Wetter im Kreis

morgens	mittags	abends
		
14°C	20°C	20°C
0%	10%	15%

Meinungen

Lob für Regierung

Die Corona-Proteste geraten bei unseren Lesern mittlerweile teils in Verruf. Zugleich erhält die zuletzt häufig gescholtene Bundesregierung Lob für ihr Handeln.

► Sonderseite Leserbriefe

Börse

MDax	Dax	EuroStoxx
		
24 087,72	11 058,87	2 911,88
Vortag 23 270,68	Vortag 10 465,17	Vortag 2 770,70

Service

Anzeigen:
Telefon 0800/780 780 1
Mo.-Fr. 7-19 Uhr, Sa. 8-12 Uhr
So. 13-19 Uhr
Abonnement:
Telefon 0800/780 780 2
Mo.-Fr. 7-19 Uhr, Sa. 8-12 Uhr
Redaktion:
Telefon 07423/78-0
E-Mail:
service@schwarzwaelder-bote.de
ePaper:
www.schwarzwaelder-bote.de/digital



Dunningen

Auch Bürgermeister in häuslicher Absonderung

Trotz Hygiene- und Abstandsregeln ist es passiert: Das Coronavirus hat die Verwaltungsspitze im Dunninger Rathaus lahmgelegt. Auf Anordnung des Gesundheitsamtes musste sich eine Hand voll der Verwaltungs-Mitarbeiter in die sogenannte »häusliche Absonderung« begeben, darunter auch Bürgermeister Peter Schumacher. Dennoch läuft der Betrieb dank des Home-Office weiter. Am Dienstag wollen sie wieder im Dienst sein.

Schiltach

Autokino verwandelt sich in Kulturbühne

Das Schiltacher Autokino kommt an – rund 120 Fahrzeuge finden dort pro Vorstellung Platz. Mit weiteren Partnern hat die Stadt Schiltach ein umfassendes Programm auf die Beine gestellt. Neben Filmen sind dort weitere Veranstaltungen zu erleben. So treten in dieser Woche unter anderem das »Regimenttheater aus dem Schwarzen Wald« und Comedian Oliver »Olli« Gimber auf. Außerdem steigt eine Auto-Party mit mehreren Malle-Sängern.

Bad Dürheimer
Besser trinken, besser leben.®

Mehr Reinheit passt in keine Flasche.



bio mineralwasser
Dezent

Bevölkerung stark belastet und eingeschränkt

Umfrage | Mehrheit befürwortet Einführung einer Vermögensabgabe / Hohe Zustimmung für Abriegelung von Gemeinden

■ Von Jürgen Maier

Oberndorf/Freiburg. Wie denken die Menschen über die Corona-Beschränkungen? Wie betroffen fühlen sie sich von der Pandemie? Was sind ihre größten Ängste?

Die Uni Freiburg hat mit der Uni in Stuttgart und der LMU München mehr als 7800 Personen zu ihren Erfahrungen und Einstellungen in der Corona-Pandemie online befragt. Unsere Zeitung hatte ihren Leserinnen und Lesern die Beteiligung an der deutschlandweiten Umfrage ermöglicht und die Studie der Wissenschaftler unterstützt. Nun liegen die ersten Befunde vor – mit interessanten Ergebnissen.

Betroffenheit

Nahezu jeder Deutsche ist von der Pandemie in gewisser Weise betroffen. Nur 5 Prozent der Befragten sehen sich durch die Einschränkungen und Maßnahmen nicht beeinflusst. Dagegen fühlt sich jeder dritte Befragte stark oder sogar sehr stark belastet. Insgesamt fühlen sich Frauen durch die Krise stärker belastet als Männer. Jüngere und ältere Menschen sind durch die Pandemie aber weniger belastet als Personen zwischen 30 und 60 Jahren, zeigt die Auswertung der Umfrage.

Jedoch fällt die gefühlte Belastung in einzelnen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich aus. Besonders stark in Anspruch genommen fühlen sich die Befragten in den Gebieten Chemnitz, Gießen, aber auch in Mittelfranken, Sachsen-Anhalt und der Region Dresden. Im Vergleich zu den offiziellen Fall-

zahlen des Robert Koch-Instituts (RKI) zeigt sich kein sonderlich starker Zusammenhang zwischen den Infiziertenzahlen und der gefühlten Belastung; besonders die Menschen in Norddeutschland sind entspannter. Aber auch in den am stärksten betroffenen Gebieten in Baden-Württemberg und in Bayern fühlen sich die Befragten eher weniger stark belastet.

Ängste

Neben der gefühlten Inanspruchnahme gibt es auch Angst vor Beeinträchtigungen. Am stärksten ist die Furcht vor eigener Krankheit oder bei nahestehenden Personen: Für knapp 40 Prozent der Befragten ist dies die größte Sorge. Große Angst haben die Befragten auch vor einem Einbruch der Wirtschaft (20 Prozent) sowie vor der Einschränkung demokratischer Rechte (18) und ihrer Lebensgewohnheiten (11).

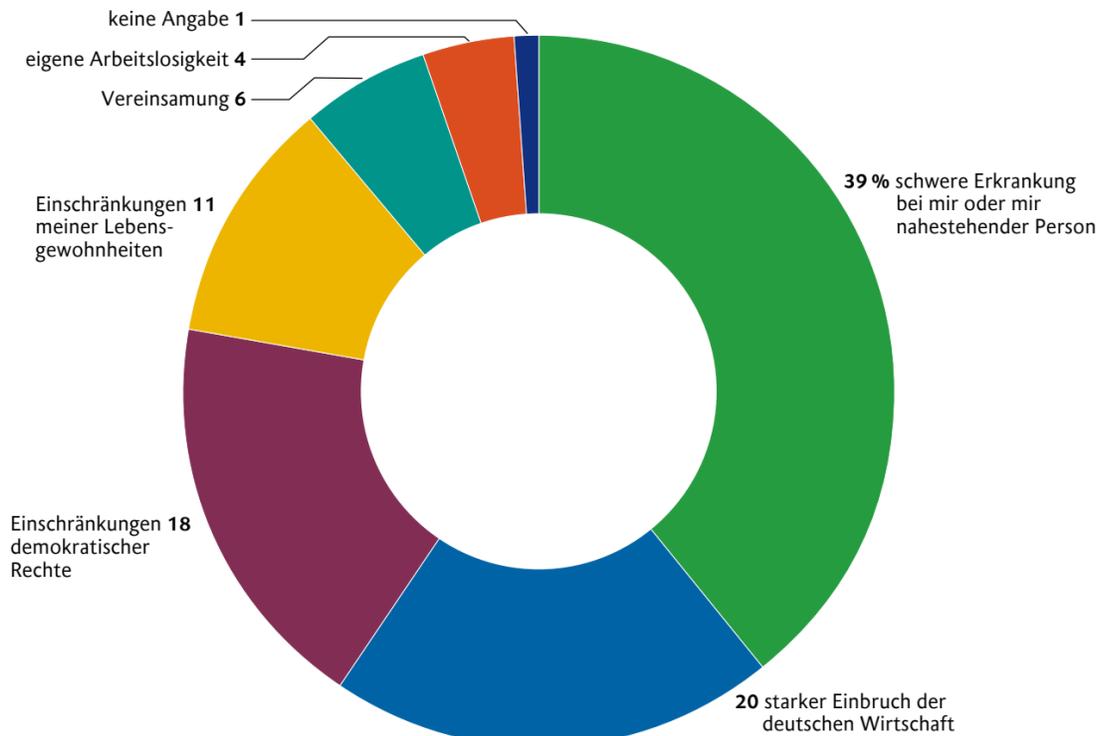
Deutlich weniger Angst haben die Befragten dagegen vor Vereinsamung (6) und eigener Arbeitslosigkeit (4). Die Gefahr eigener Arbeitslosigkeit wird weniger dramatisch eingeschätzt als die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen.

Vertrauen

Insgesamt gibt es ein hohes Vertrauen in die Gesundheitsmaßnahmen des Bundes und der Länder: Mehr als 60 Prozent der Befragten halten diese für geeignet, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen. Deutlich skeptischer sind die Befragten hinsichtlich der Frage, ob die

■ Wovor haben Sie am meisten Angst?

Mittelwerte berechnet aus den Rangplätzen, die die Befragten den Auswirkungen zugewiesen haben. Angaben in Prozent



Maßnahmen geeignet sind, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie unter Kontrolle zu bekommen. Hier sind nur knapp 35 Prozent der Befragten von den Regierungsmaßnahmen überzeugt.

Maßnahmen

Ökonomische
Wie soll die Corona-Krise wirtschaftlich und finanziell bewältigt werden? Eine Mehrheit der Befragten hat eine klare Vorstellung davon, wer

für die Kosten der Pandemie aufkommen soll. 51 Prozent halten eine Vermögensabgabe für Reiche für sehr sinnvoll, weitere 30 Prozent sehen sie teilweise als sinnvoll an. Dagegen unterstützen nur knapp 3 Prozent generelle Steuererhöhungen als sehr sinnvoll beziehungsweise 29 Prozent als teilweise sinnvoll. Auch die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags für alle findet nur wenig Anklang: Gerade einmal rund 15 Prozent der Befragten erachten diese Option für sehr sinnvoll. Wenig Gegenliebe findet der Verkauf des staatlichen Tafelsilbers wie Gold- und Devisenreserven. Deutschland besitzt immerhin nach den USA die zweitgrößten Goldreserven weltweit. Nachdem vergangene Woche der Goldpreis auf Eurobasis einen Rekordpreis von über 1610 Euro pro Unze erreicht hat, liegt der Wert des deutschen Goldschatzes bei über 173,5 Milliarden Euro. Aber nur knapp 11 Prozent der Befragten sehen hierin eine Möglichkeit, die finanziellen Folgen der Corona-Krise zu bekämpfen.

Der Regierung

Beim Blick auf einzelne Maßnahmen der Regierung (zum Teil in Kraft, zum Teil wurden diese nur diskutiert) zeigt sich, dass nicht alle gleichermaßen von den Befragten positiv gesehen werden – insgesamt werden die Maßnahmen sehr differenziert betrachtet.

Die Frage lautete: Welche der folgenden Maßnahmen sollten staatliche Stellen Ihrer Meinung nach anwenden dürfen, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen? Knapp 80 Prozent stimmen zu, besonders betroffene Gemeinden abzuriegeln. Die zweitbeliebteste Maßnahme besteht darin, Grenzen zur Ein- und Ausreise zu schließen (69). Ähnliche Zustimmungswerte erhalten folgende Maßnahmen: Gottesdienste und religiöse Feiern verbieten (68), Schulen und Kindergärten schließen (66) sowie Kontaktsperren außerhalb des eigenen Haushalts verordnen (64). Fast 60 Prozent finden es in Ordnung, dass Geschäfte schließen, die keine Waren des täglichen Bedarfs anbie-

ten. Telekommunikationsdaten aller Bürger zu nutzen, um Infektionswege nachzuvollziehen, unterstützen gut 46 Prozent; allen Genesenen einen Immunitätsausweis auszustellen, damit diese keine Einschränkungen haben 33 Prozent. Nur jeder Sechste befürwortet, der Regierung das Recht einzuräumen, Gesetze zu beschließen, ohne das Parlament zu fragen.

Parteien

Insgesamt hält eine deutliche Mehrheit der Befragten die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus nicht für übertrieben (59,9 Prozent). Deutliche Unterschiede zeigen sich aber zwischen den Anhängern der Parteien. Die Befragten, die die Maßnahmen für übertrieben halten, wurden getrennt betrachtet nach ihren Antworten auf die Sonntagsfrage »Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, wen würden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen?« Dabei zeigt sich: Mehr als die Hälfte der FDP-Anhänger und fast drei Viertel der AfD-Anhänger halten die Maßnahmen für übertrieben, aber weniger als 15 Prozent der Anhänger von CDU/CSU, Grü-

nen und SPD. Auch die Anhänger anderer Parteien finden die Maßnahmen eher übertrieben, darunter viele Anhänger der neuen Gruppierung »Widerstand 2020«.

Medien

In Bezug auf die Corona-Berichterstattung vertrauen die Anhänger der CDU/CSU, der SPD und der Grünen stark offiziellen Webseiten sowie den etablierten Zeitungen sowie öffentlich-rechtlichen Medien. Die Anhänger der Linken und insbesondere der FDP weisen hier durchweg ein geringeres Vertrauen auf. AfD-Anhänger und die Anhänger anderer Parteien (darunter auch Befragte, die als Wahlpräferenz »Widerstand 2020« angegeben haben) weichen deutlich vom Rest der Bevölkerung ab. Sie halten sämtliche Informationsquellen im Durchschnitt für eher nicht vertrauenswürdig, und die beiden Informationsquellen, denen von ihnen noch am ehesten vertraut wird, (Internet-Blogs und Youtube sowie soziale Netzwerken) sind gerade diejenigen, denen die restliche Bevölkerung am wenigsten Vertrauen entgegenbringt.

INFO

Das Panel

■ Drei Unis beteiligt

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl im Jahr 2017 in unregelmäßigen Abständen unternommen wird. Dabei wurden bislang mehrere Zehntausend Personen befragt. Die aktuelle Umfrage zur Corona-Krise führt das Team des Politikpanel gemeinsam mit Achim Hildebrandt (Universität Stuttgart) und Eva-Maria Trüdinger (Ludwig-Maximilians-Universität München) durch.

■ Vier Wellen geplant

Geplant sind insgesamt vier Wellen über einen Zeitraum von etwa einem Jahr. Die Er-

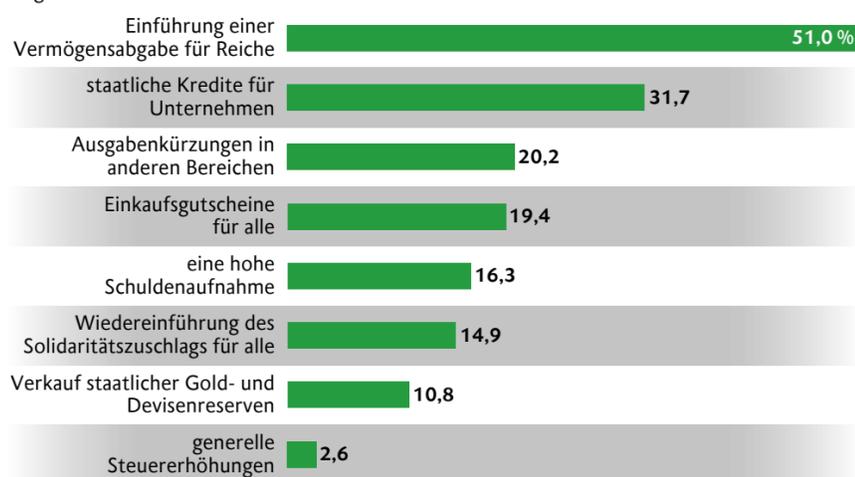
hebung für die erste Welle erfolgte zwischen dem 7. und dem 17. Mai. Insgesamt beteiligten sich mehr als als 7800 Personen an der Umfrage zu ihren Einstellungen und Meinungen zu der Corona-Pandemie.

■ Allgemeine Aussagen

Über ein Gewichtungungsverfahren können die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand von soziodemografischen Merkmalen, wie Alter und Geschlecht sowie der Parteizugehörigkeit an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst werden. Hierdurch ist es anschließend möglich, ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen.

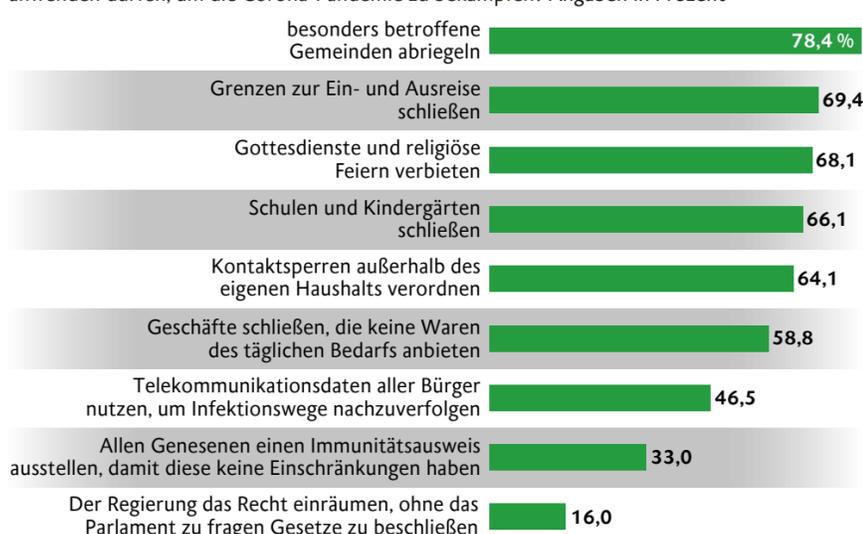
■ Bewertung von ökonomischen Maßnahmen

Anteil der Befragten, die eine Maßnahme für sehr sinnvoll halten. Angaben in Prozent



■ Zustimmung zu Maßnahmen der Regierung

Frage: Welche der folgenden Maßnahmen sollten staatliche Stellen Ihrer Meinung nach anwenden dürfen, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen? Angaben in Prozent



Grafiken: Klemm
Quelle: Umfrage der Universitäten Freiburg, Stuttgart und LMU München